

„Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Jahrgang besteht aus 12 Hefen, die im Haus für Groß-Vertrieb oder bei direkter Bestellung ohne Beleggebühr monatlich 2,50 M., bei Bestellung eines Jahresbandes 4,50 M. „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postwertsteuern für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Kreisverleger: Amt Norden 2-03 und 2896.

„Freiheit“ ist eine achtspaltige, Nonpareil-Beilage über 1,20 M. Wertungswert. Das Jahrgangspreis-Wort 50 Pf. jedes weitere Wort 25 Pf. Fernsprechanzeige 50 Pf. Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zeitung frei. Anzeigen für den folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben werden. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 976.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Unterzeichnung des Friedens.

Die Annahme der Bedingungen.

Die Regierung erklärt sich zur Unterzeichnung bereit.
Berlin, 23. Juni.
Der Gesandte v. Daniel hat im Auftrage der Reichsregierung heute nachmittags 4,40 Uhr folgende Notiz an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen überandt:
Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung erfahren, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch solchen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen fehlt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichen und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen anzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik,
„daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen aufgelegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“

Dieser Regierung kein Vertrauen!

Die U. S. V. D. lehnt den Notetat ab.
Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.
Weimar, 23. Juni.
Im Namen unserer Fraktion hat Genosse Geyer bei der Beratung des Notetats folgende Erklärung abgegeben:
Die Regierung hat gestern erklärt, daß sie sich das Programm des Ministers Scheidemann zu eigen mache. Diesem Programm hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den Kampf angesagt und wird ihn unablässig fortsetzen. Die von der Regierung Scheidemann herbeigeführte und geförderte Untertänigung hat Deutschland mehr und mehr vom Boden der Revolution weggerissen und der Gegenrevolution ausgesetzt. Belagerungszustand, Stand- und Kriegsgerichte, die Erschießung und die Verhaftung wehrloser Geiseln, die zahllosen Verhaftungen von Arbeitern und Arbeiterführern, die Wiederbelebung der Schwabacherbande, das Überhandnehmen der politischen Lockspindel kennzeichnen neben dem Treiben der Freiwilligen-Truppen in erster Linie die politischen Zustände Deutschlands. Das Programm, das die Regierung Scheidemann in der Frage der Arbeiterbewegung keine Anstalten, das ihre Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht verwirklicht, vorlegen über die Betriebsräte nicht verwirklicht, politisch unterdrückt, in ihren Hoffnungen auf wirtschaftliche Befreiung enttäuscht, kehrt die große Masse der Bevölkerung zu dem Programm der früheren Regierung und also auch zum Programm der neuen Regierung, die sich aus jenes Programm haben will, in scharfer Begrenzung. Das neue Ministerium bietet nach seiner Zusammenkunft mit seinem Programm auch keine Gewähr dafür, daß es die unabhängige Bahn verlassen werde, die die alte Regierung in der auswärtigen Politik begangen hat. Wir lehnen daher den Notetat ab.

Der Aufruf der Regierung und die Unabhängige Sozialdemokratie.

Die unabhängige Fraktion hat durch Frh Geyer in der heutigen Nationalversammlung folgende Erklärung abgegeben:

Der von der Nationalversammlung beschlossene Aufruf hat, wie wir dem Präsidenten vorher mitgeteilt haben, unsere Zustimmung nicht gefunden. Wir haben aber keinen Anlaß gehabt, ausdrücklich dagegen zu sprechen.

„Ich verbiete!“

Die Koste-Truppen dürfen nicht beleidigt werden. — Verbot der „Freien Welt“. — Verbot der „Republik“.
Am Montag mittag wurde durch das Volkische Bureau folgende Verordnung veröffentlicht:
Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand verbiete ich für das unter Belagerungszustand stehende Gebiet — Landratsbezirk Berlin, Stadtkreis Spandau, Landkreise Teltow und Niederbarnim — jede wirtschaftliche Verhinderung und Schädigung (Besetzt) der Angehörigen der Reichswehr und ihrer Familienmitglieder, sowie die Aufforderung und Anreizung zum Besetzt.
Denn verbiete ich die öffentliche schriftliche Beschimpfung oder Beerdigung der Reichswehr in der Presse, in Flugblättern und Broschüren.
Zwischenhandlungen sind auf schlichtem Wege zur Kenntnis des Oberkommandos (Abteilung c, Liegnitzstraße 11) zu bringen. Sie werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, falls die betreffenden Geisler keine höhere Freizeitschraffe androhen.
Der Oberbefehlshaber. Koste.

Herr Koste hatte versprochen, daß er den Freiwilligen durch gezielte Maßnahmen einen besonderen Schutz sichern werde. Er will aber offenbar nicht warten, bis die Nationalversammlung ein Ausnahmegesetz zugunsten der Regierungstruppen beschließt und geht als den Weg des Belagerungszustandes.

Zugleich sind am Montag zwei neue Verbote ergangen gegen die illustrierte Wochenzeitung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Freie Welt“, und gegen das Blatt der Unabhängigen Arbeiterkräfte „Die Republik“. Dem Verlag der „Freien Welt“ wurde das Verbot in folgender Form mitgeteilt:

Telegraphenverwaltung des Königl. Polizeipräsidenten
Berlin
Stempel Dienstadt: 5 P. M.
Telegramm Nr. 2617
Berl., den 23. 6. 1919.
Anzahl von Stationen: Aufgenommen um 2 Uhr 15 Min. nachm. durch Seiffel.

Obertkommando Koste hat auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand das Verbot der „Freien Welt“ verboten. Die noch vorhandenen Stücke des Festes 7 vom 11. Juni 1919 sind zu beschlagnahmen. Grund des Verbotes: Aufrechter Inhalt des Blattes, Beschlagnahme Stücke sind hierher einzuliefern.
Revier 5 wolle den Verlag „Verlagsgemeinschaft Freiheit“, Schiffbauerdamm 19, befragen, die Anordnung ausführen und Nachricht von Beschlagnahme hierher geben.

Das Verbot der „Republik“ hat diesen Wortlaut: Redaktion der „Republik“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Berlin Litwin 1156 1159 23 6. 12,40 u.

Wenn gemeingefährlichen Deyens gegen die Regierungstruppen wird die Zeitung „Republik“ bis auf weiteres verboten. Die Abendausgabe am 23. Juni darf nicht mehr erscheinen. Geht an Redaktion der „Republik“, Polizeipräsident Berlin, Presse-Chef der Reichsregierung und WKA = Oberkommando Koste r. 1. — c. nr. 5312/4 1.

Wer wollen uns heute auf eine einzige Frage befragen: Weiß Herr Koste nicht, daß nach der wenigen Tagen seine eigenen Parteigenossen auf ihrem Parteitag in Weimar einen Antrag angenommen haben, der die Regierung ersucht, für die vollständige Durchführung der Rede- und Pressefreiheit im ganzen Reich zu sorgen? Im übrigen gilt das Wort, mit dem Genosse Haase am Sonntag seine Rede in der Nationalversammlung schloß:
Ihr kennt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

In letzter Stunde.

Die schwere Entscheidung ist gefallen.
Wir hätten gewünscht, daß sie in würdevoller Weise getroffen worden wäre. Wenigstens die letzten Tage der Verhandlung hätten dem deutschen Volk leicht erwartet bleiben können.
Trotz der bedingungslosen Zustimmung der Nationalversammlung machte die Regierung Bauer-Graberer noch einmal den aussichtslosen Versuch, entgegen der Warnung des Genossen Haase, in den sogenannten Ehrenpunkten von der Entente Zugeständnisse zu erhalten. Es scheint, daß die Regierung diesen unannehmbaren Weg unter dem Druck des Zentrums eingeschlagen hat. Dabei verdrängte die Regierung der Nationalversammlung, trotz der ausdrücklichen Frage des Genossen Haase, ihre Absicht, die bereits offiziell fallengelassenen Forderungen noch einmal in der Antwortnote zu stellen.

Nun kam, was kommen mußte: die Ablehnung der Forderungen und die Ablehnung der Fristverlängerung. Damit war eine neue kritische Lage geschaffen. Was nun folgte, widerstand ein Privattelegramm aus Weimar folgendermaßen:

Früh um 9 Uhr wurden die Vorsitzenden der anderen Fraktionen säkularisch nach dem Schloß zu einer Beratung abholt. Dort erklärte die Regierung, daß sie zwar noch den gestrigen Abstimmungen im Plenum Vollmacht zu haben glaube, den Frieden bedingungslos zu unterzeichnen, daß sie aber im Interesse einer Majorität auch für die Zukunft noch einmal die Vertrauensfrage stellen wolle. Um 10 Uhr traten alle Fraktionen zusammen. Bei den Rechtssozialisten und im Zentrum war die Stimmung sehr erregt. Das Ende war, daß die Rechtssozialisten gespalten waren und das Zentrum beschloß, es müßte nochmals im Plenum über den Frieden neu abgestimmt werden. Das Zentrum hatte ursprünglich die Absicht, heute gegen den Frieden zu stimmen. Um 11 Uhr ließ die Regierung Bauer erklären, auch sie halte nunmehr eine Abstimmung über den Frieden für notwendig, und es würde sich unter Umständen sofort ein neues Kabinett gegen die Unterzeichnung bilden müssen. Dieses Kabinett hätte die Rechtsvorsitzenden in die Regierung einzuberufen. Bis 1 Uhr war aber alles wieder auseinander und die Regierung stellte sich neuerdings auf den selbstverständlichen Standpunkt, daß sie keinen Vollmacht von der Nationalversammlung bekommen habe, den Frieden unter allen Bedingungen zu unterzeichnen, ohne die Zentrumsforderungen zu akzeptieren. Auf einmal abgelehnt, lehnt alle Parteien diesen Standpunkt. — Die letzte Entscheidung war gefallen.

Die Situation bleibt auch nach der Unterzeichnung des Friedens außerordentlich ernst. Die nationalsozialistische Erregung ist in manchen Kreisen überaus groß. Das bezogenen Vorfälle, wie die Herausgabe der französischen Fahnen aus dem Berliner Zeughaus, Abgeben, daß solche verantwortungslos Unbefonnenheiten unliebsame Komplikationen schaffen können, steigern sie noch die herrschende Erregung.

Weitens erntet es noch, daß im Osten sich dunkle Wolken zusammenballen, daß die Aussicht besteht, es könnte zu Zusammenstößen mit den Polen kommen. Das dies eine große Gefahr für das ganze deutsche Volk mit sich führt, braucht nicht erst weiter ausgeführt zu werden.

Dazu kommt noch die Arbeiterbewegung der hohen Militare gegen die Unterzeichnung des Friedens. Und als ob es an sich noch nicht genug wäre, hat Minister Koste eine Reihe von Verfügungen und Verboten erlassen, die auch die Erregung in der Arbeiterklasse steigern müssen.

Die Arbeiterklasse wird aber in dieser Überaus schwierigen Zeit an sich selbst die größten Anforderungen stellen. Sie darf sich nicht verteidigen lassen zu irgendwelchen Ungehorsamkeiten, sondern sie muß tropfkaltem Mut und festerem Blut bewahren.

Es geht jetzt drängen sich allerlei dunkle Elemente in den Vordergrund und die höchsten Vorgänge die sich im Berliner Norden abspielen, mahnen zur größten Vorsicht. Es braucht nicht erst ein Wort darüber gesagt zu werden, daß die Arbeiterklasse mit diesen Vorfällen gar nichts zu tun hat. Sie wird sich aber selbstverständlich auch nicht durch die beschuligten und militärischen Gegenmaßnahmen dazu verleiten lassen, in irgend einer Weise sich in Mitleidenschaft ziehen zu lassen. Wir können nur die War-

...ung unserer Verteilung aufs eindringlichste wiederholen, vor allen Dingen auf der Hut zu sein und sich durch nichts provozieren zu lassen.

Einst hatten wir gehofft, in anderer Stimmung den Friedensfrieden zu erleben. Aber trotz allem, so hart und drückend der Friede ist, den der Entente-fatalismus uns auferlegt hat, so liberale er sich die Lage im Innern sich gestaltet, trotzdem: Jeht ist Friede und wir wollen hoffen, daß er für uns und alle andern die Möglichkeit schafft, zu arbeiten an jener Neugestaltung, die schließlich diesen Frieden und mit ihm die Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse der alten Zeit endgültig befeitigen wird.

Der Freispruch Ledebours.

Wohl niemals ist in einem Prozeß von solch eminenten volksbewegender Bedeutung, der daher die Staatsanwaltschaft gerade zu ganz besonders sorgfältiger Vorbereitung hätte verpflichten sollen, das solche Gebäude der Anklage jämmerlicher zusammenbrachen.

Die wochenlange Beweisaufnahme hat, wie der Staatsanwalt schließlich selber machen mußte, positiv ergeben, daß nicht eine einzelne der konkreten, Ledebour zur Last gelegten strafbaren Handlungen, nämlich Bildung eines bewaffneten Haufens, Aufruf, Landfriedensbruch und Sprengstoffverbrechen von ihm begangen worden sind. Bis auf den einen Reuagen Thiesenhäuser haben sämtliche Reuagen, die mit Ledebour in den kritischen Tagen im Januar zusammen waren, befunden, daß er weder an einer Zusammenrottung teilgenommen, noch die Menae zu Gewalttätigkeiten aufgefordert, daß er weder Waffen verteilt, noch die Befehle der Reutunnen veranlaßt hat, ja, daß er hiervon nicht einmal etwas gewußt, vielmehr im Gegenteil sich unablässig bemüht hat, die Massen zu beruhigen und sie von Gewalttätigkeiten abzuhalten. Der eine Reuagen Thiesenhäuser aber, der Reuagen der Ledebour „ins Nachhaus brinnen“ sollte, und der als einziger gefangen worden will, daß Ledebour Waffen verteilt habe, der wurde im Prozeß als ein so offenkundiger Lügner und Spindel entlarvt, daß selbst der Staatsanwalt gegen die Behauptung, er hätte sich in seiner Anklagerede auf die Aussagen dieses Reuagen, entristet protestierte.

Dieses hatte zwar die Beweisaufnahme für jeden Einsichtigen den völligen Zusammenbruch der Anklage ergeben. Die Staatsanwaltschaft aber durfte ihr Spiel nicht verloren haben. Stand sie doch vollständig unter dem Druck der Regierung und ihrer militärischen Hintermänner. So mußte sie durch Schreien zu erleben suchen, was ihr die monatelangen Lasten vertragen. Und hiervon hat sie reichlich Gebrauch gemacht. Ohne die geringste Begründung auch nur zu versuchen, erklärte ein Anklagevertreter arochäisch, Ledebour sei verantwortlich für all das Blut, das in den letzten Monaten geflossen sei, für all den politischen Fanatismus, für alle Gewalttätigkeiten. Der Volkswillenskörper wurde an die Wand gemalt, mit ihm suchte man die Schwabenen zu beeinflussen. Doch auf alle diese Mittel und Weisen sind die Geschworenen nicht hereinzufallen, alle Bemühungen wurden zunichte an dem Rechtsgefühl der Geschworenen.

Ein Tiefstand des politischen Zustandes und der politischen Moral der Regierung Ober-Scheidemann wurde in diesem Prozeß aufgedeckt. Es war das Symbol dieses Treibens, als der Staatsanwalt fahrlässig erklärte, er finde nichts dabei, wenn die Regierung sich der Spiberei bediene. Man veranwortete sich, was vorangetragen war. Es war in der Verhandlung festgestellt worden, daß der Auf, der die Massen zur Befehung der Reutunnen verführte, von einem Spindel der Regierung ausgegangen war. Es war festgestellt worden, daß ein Spindel der Regierung sich in ein besetztes Gebäude einschließen hatte, dort Sachen/aestohlen und diese dem Roten Soldatenbund anboten hatte, um diesen dadurch in den Verdacht zu bringen, daß er selber dort diese Sache geraubt habe. Es war festgestellt worden, daß Spindel den Beschleunigen der Reutunnenbetriebe Lebensmittel und Munition gebracht hatten, um sie zum Weiterkämpfen gegen die Regierung zusammenzurufen; und da erklärt der Staatsanwalt Humboldt, er finde nichts dabei, daß die Regierung sich solcher Spiberei bediene.

Und wie bei dem Kapitel Spibel, so offenbarte der Prozeß überall dieselbe niedrige Gesinnung. So wurde dem Reuagen Anton Fischer, dem ehemaligen Stadtkommandanten von Berlin, die Auflage verboten, obwohl ganz zweifellos dieser Reuagen über den wahren Verlauf der Ereignisse vor und nach der Bildung der Reutunnen hätte Auskunft geben können. So erwies es sich ferner in diesem Prozeß, daß die damalige Regierung an den hiesigen Freianissen, die der Befehung des Reutunnenbetriebs folgten, ein vollaerfülltes Maß der Schuld trifft. Während noch die Vertreter der Regierung einerseits und die der revolutionären Obleute andererseits, verhandelt, ließ die Regierung, die absichtlich die Verhandlungen von Tag zu Tag verschleppert hatte, mit Waffengewalt und allen Mitteln der Friedstörung die Gebäude stürmen, und ließ zu gleicher Zeit den Verhandlungsführer der Chaenseite, Genossen Ledebour, verhaften.

Wohlbekannt, das Blut, das verfloßen ist, der politische Fanatismus und alle Gewalttaten, sie kommen nicht, wie der Staatsanwalt sagte, über Ledebour, sie kommen vor allem über die Regierung Ober-Scheidemann.

Und noch ein anderes Ergebnis hat dieser Prozeß gebracht. Er zeigte, daß unsere Richter — nicht die Geschworenen, sondern die drei Richter des Staates — nicht frei und vorurteillos und nicht unbeflügelt Ledebour gegenüberstanden.

Zwei Dinge vor allem sind es, die diese Behauptung rechtfertigen. Das eine war die Begründung des Gerichts für die Ablehnung des zweiten Gastentlassungsantrages, und das andere war das Verhalten des Gerichts bei der Beweisaufnahme. Auf den ersten Antrag, Ledebour aus der Haft zu entlassen, hatte das Gericht entschieden, dieser Antrag sei abzulehnen; das Gericht glaube zwar dem Angeklagten, daß es sich im Falle seiner Freilassung der weiteren Verhandlung nicht entziehen würde, nehme aber an, daß der Verdacht der Flucht für den Fall einer Verurteilung nicht beseitigt sei. Auf diese Begründung eingehend beantragte darauf der Verteidiger, Rechtsanwalt Liebschütz, Ledebour für die Dauer der Verhandlungen freizulassen und ihn vor Verurteilung des Urteils wieder festzunehmen. Auf Grund gerade der früheren Entscheidung mußte das Gericht diesem Antrage folgen, denn wenn, wie das Gericht selber erklärt hatte, für die Zeit der Verhandlung kein Fluchtverdacht vorlag, so mußte

Ledebour für diese Zeit freigelassen werden. Trotzdem hat das Gericht sich selbst desavouiert und ohne hierauf nur einzugehen, auch den zweiten Gastentlassungsantrag abgelehnt.

Das Verhalten des Gerichts bei der Beweisaufnahme war ebenfalls recht merkwürdig. Sobald die Verteidiger einen Antrag stellten, der Licht in die Intrigen gegen Ledebour bringen und die Nachforschungen, die zu seiner Befreiung führen sollten, aufdecken sollte, erklärte das Gericht den Beweisantrag für unerheblich. Die ganze Verhandlung gegen Ledebour gründete sich vornehmlich auf die vom Minister Seine in öffentlicher Sitzung der preussischen Landesversammlung vorgebrachte Behauptung, er habe Beweise, daß Ledebour die Befehung der Gebäude veranlaßt habe. War dem wirklich so, so konnte ja das Gericht und die Staatsanwaltschaft keinen besseren Beweis wünschen, um Ledebour seiner angeblichen Schuld zu überführen, als die Vernehmung seines und die Vorlegung seiner Beweise. Doch als nun die Verteidigung den Antrag stellte, den Minister Seine als Zeugen zu laden, auf daß er seine Behauptung unter seinem Eide erhärte und die Beweise erbringe, so entschied das Gericht, das sei — unerheblich.

Wenn es noch irgendeines Beweises bedürftig hätte, daß das Nichterum in seiner heutigen Gestalt dringend reformbedürftig sei und einem Volksrichtertum Platz machen müßte, dann brachte ihn dieser Prozeß.

Die Verhandlung hat mit einem Freispruch geendet, mit einem Freispruch und doch zugleich mit einer Verurteilung. Der Wahrspruch der Geschworenen sprach Ledebour frei, doch zugleich schloß er eine Verurteilung ein, und diese lautete: Die Regierung Ober-Scheidemann ist angeklagt und für schuldig befunden, den Krieg unter Volksgenossen nicht verhindert zu haben, sie ist angeklagt und für schuldig befunden, Proletarierblut unnütz vergossen zu haben, sie ist angeklagt und für schuldig befunden, die Sache des Proletariats, dem sie selber entstammt, preisgegeben zu haben.

Der Appell an den Militarismus.

Roske und Lüttwig erlassen Aufrufe.

Berlin, 23. Juni. (Kritisch.)

An die Reichswehr.

Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der Friedensvertrag gemäß dem Nachtgebot der Segner, dem wir fast wehrlos gegenüberstehen von der Regierung unterzeichnet wird. Im Regierungskabinett habe ich vergeblich ebenso wie der preussische Kriegsminister mich für die Nichtunterzeichnung dieses Gewaltfriedens eingesetzt. Ich bin überstimmt worden. Ein Rücktrittsangebot haben der Reichspräsident und der Ministerpräsident in Uebereinstimmung mit dem Kabinett und den Reichsparteien der Nationalversammlung abgelehnt. In schwerster Gewissensnot haben die Regierung und die Mehrheit der Nationalversammlung gehandelt. Aus tausend Wunden blutet unser Land, die Volksmassen sind durch jahrelange Leiden und Entbehrungen, durch den Hunger zermürbt und widerstandsunfähig gemacht worden. Millionen haben nur noch den einen Gedanken nach Erlösung von der Ungewißheit und nach Frieden. Der ganze Westeuropa Vaterlandes fürchtet den Einmarsch eines nachsüchtigen Feindes, dessen Brutalität und Unerbittlichkeit wir bis in die letzte Stunde hinein kennen gelernt haben, und der sich nicht scheuen wird, Krieg und Verheerung in die deutschen Lande zu tragen.

Neues unabsehbares Leid soll durch die Unterwerfung unter das Gebot der Feinde von unseren Volksgenossen abgewendet werden; ob der Versuch gelingt, ist abzuwarten.

In gemeinsamer Tätigkeit haben die Freiwilligenverbände und die Reichswehr sowie die Angehörigen des alten Heeres mit mir in den letzten Monaten mit wachsendem Erfolg sich bemüht, unser Land vor dem Zusammenbruch und dem Chaos zu bewahren.

Die Reichsregierung und die Nationalversammlung fordern von uns, daß wir unsere heilige Pflicht in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes zum Wohle des Volkes weiter tun in voller Würdigung des Opfers, das der Truppe damit zugemutet wird.

Dem begreiflichen Bedürfnisse jedes einzelnen, seine endgültigen Entschlüsse nach eigenem Gewissen und Schmerzgefühl fassen zu können, wird Rechnung getragen werden. Treue Gesinnung werde ich auch denen bewahren, welche angesichts der schimpflichen Bedingungen der Feinde glauben, ihre weiteren Dienste versagen zu müssen. In treuer Kameradschaft habe ich in den letzten Monaten mit der Truppe in Not und Gefahr zusammengestanden. In der schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, appelliere ich an den kameradschaftlichen Geist jedes Mannes, jedes Mannes, mir weiter zur Seite zu stehen. Die Not unseres Volkes verbietet mir, schamlos nach meinen Vätern zu verfallen, auf dem ich aber dem Lande nur zu dienen vermag, wenn mir opferwillige Männer wie bisher hingebungsvoll zur Seite stehen.

Kameraden! Deutschland und das deutsche Volk, wir können euch nicht entbehren. Helft unser Volk aus Schmach und Not erretten und einer hellen Zukunft entgegenführen.

Der Reichswehrminister: Roske.

Berlin, 23. Juni.

Das Reichswehr-Truppenkommando teilt mit: Die Regierung hat den Frieden bedingungslos angenommen. Die Reichswehr hat der Regierung durch ihre deutschen Vertreter rechtzeitig erklärt, daß die Annahme der Deutschland entehrenden Forderungen, welche die Auslieferung deutscher Staatsbürger und das Anerkennen der alleinigen Schuld Deutschlands an den Krieges enthalten, mit ihrer und des Vaterlandes Ehre unvereinbar sei. Ich halte an diesem Standpunkt unbedingt fest und werde ihn dem Reichswehrminister und preussischen Kriegsminister gegenüber erneut aufrecht zu erhalten wissen. Ich fordere Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus, mit mir ihren Dienst weiter zu tun und Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich zeitlos aufrecht zu erhalten. Der Kommandierende General, gen. Insp. von Lüttwig, General der Infanterie.

Diktatur — aber nicht des Proletariats!

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von der Möglichkeit einer Regierung, die für die Ablehnung der Friedensbedingungen hätte in Betracht kommen können. Da die heutigen parlamentarischen Verhältnisse einer solchen Regierung aber nicht gestatten würden, sich auch nur einen Tag am Ruder zu erhalten, so rückt das Blatt:

„Der einzige Weg, der sich bieten könnte, wäre die Einberufung der Nationalversammlung, die Einsetzung einer Diktatur, die mit absoluter Gewalt die Ordnung im Lande aufrecht erhielte, wenn bei Ablehnung des Friedens das Chaos ausbrechen drohte.“

Wenn von einer Diktatur des Proletariats oder von einer Herrschaft der Gesamtheit des arbeitenden Volkes gesprochen wird, dann schreien die Herren von der Rechten sofort über Bergewaltigung; die Einsetzung der Diktatur eines Einzelnen jedoch, der selbstverständlich aus ihren Reihen zu nehmen ist und nur die Interessen einer kleinen bevorrechteten Klasse gegen die gewaltige Mehrheit des Volkes zu vertreten hätte, erscheint ihnen als ein politisches Ideal.

Gewäsch.

Durch einen Teil der Presse gehen in dieser Zeit, offenbar weil es nichts Ernstes zu berichten gibt, Schauermärchen über einen angeblichen Klub Cassierer, in dem auch verschiedene Parteigenossen verkehren sollen, der angeblich eine Art Diktatur anstrebt, Ministerlisten anfertigt, auswärtige Journalisten informieren soll usw. usw.

Man braucht nicht erst zu sagen, daß das alles dummes Gewäsch ist, wenn nicht schließlich auch der „Vorwärts“ dieses Zeug wiedergeben würde, der damit glücklich auf das Niveau der „Prüfungs-Wahrheit“ angelangt wäre, von der diese „Nachrichten“ ursprünglich stammen. In Wirklichkeit hat natürlich die ganze Sache nur insofern mit Politik zu tun, als gegenwärtig wohl überall, wo mehr als zwei Personen zusammenkommen, auch über Politik geredet wird, aber mit irgendwelchen politischen Aktionen haben sich die hert bisweilen zusammenkommenden Leute, die ganz verschiedenen Kreisen angehören und verschiedenen politischen Überzeugungen haben, wirklich nicht befaßt. Daß auch ernsthaftere Blätter auf solch dummes Zeug hereinfallen, kann verwunderlich scheinen, wenn nicht heutzutage eben jede Sekunde gegen irgendwelche Unabhängigen guten Absicht. Sonderbare Vorstellungen von dem Charakter der Partei müssen sich aber diejenigen schon machen, die glauben, daß unsere Politik, die von der Gesamtheit der Parteigenossen und nur von ihr bestimmt wird, dadurch beeinflusst werden könnte, daß ein paar Genossen und andere Leute irgendwo gelegentlich zusammenkommen.

Zum Verbot der „Republik“

wird uns von der Redaktion des Blattes geschrieben: Die „gemeingefährliche Rede“, derenwegen Herr Roske die „Republik“ am Erscheinen hindert, ist die Kritik, die Feststellung der Wahrheit, in diesem Falle überdies die Aufstellung von Weisheiten, die gegen Herrn Roskes eigene Regierung ins Werk gesetzt werden. Niemand wird uns nachweisen können, daß wir irgendwann zu Gewalttaten oder auch nur zu Ungehorsamkeiten aufforderten. Wohl aber haben wir immer und immer wieder vor unbesonnenen Handlungen gewarnt.

Die Plünderungen in Mannheim.

11 Tote und 60 Verletzte.

Bei den Zusammenstößen zwischen den tumultierenden Massen und Regierungstruppen am Sonnabend in Mannheim sind 11 Menschen getötet und 68 verwundet worden.

Der „Vorwärts“ behauptet am Montag morgen, daß Genosse Kemmele bei dieser Gelegenheit eine ähnliche Rolle gespielt habe, wie vor kurzem Emil Barth in Berlin. Von einem kommunistischen Parteigenossen wird und dazu folgenden mitgeteilt: Nach dem durch Werfen von Handgranaten eine große Zahl von Personen verletzt oder getötet worden war, wurden die Verwundeten in die Kasernen geschafft. Genosse Kemmele erhielt nun von der Menge den Auftrag, von dem Führer der Regierungstruppen die Herausgabe der Verwundeten zu verlangen. Das hat Genosse Kemmele leblich getan und erreicht, daß die Verwundeten herausgegeben wurden. Was der „Vorwärts“ sonst darüber schreibt, ist Schwindel.

Die unteren Beamten rühren sich.

Und wird mitgeteilt: Unter den unteren Beamten herrscht eine merkwürdige Unruhe. Ihre Einkommensverhältnisse sind gegenüber der Arbeiterschaft äußerst unangenehm. Deshalb hat die soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten, die etwa 200 000 untere Beamte aller Verwaltungen umfaßt, beschlossen, sofort eine neue Eingabe an die Regierung zu richten, in der die Auszahlung einer einmaligen Entschuldungsschüsse und die Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen unter Beibehaltung der Teuerungszulagen zu verhandeln. Zur Frage des Mitbestimmungsrechts wurde eine Entschuldung gefordert; in der die von der Regierung herausgegebenen Richtlinien für die Beamtenauschüsse als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Sie fordert die Gewährung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen beruflichen und wirtschaftlichen Fragen durch Anerkennung der Verhandlungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen und Ausbau der bestehenden Beamtenauschüsse unter Wirkung der Höchstorganisationen zu Bezirks-, Bezirks- und Zentralräten, die sofort mit den dazu erforderlichen Vollmachten auszustatten und unverzüglich bei allen Behörden und Dienststellen einzuführen sind.

Mit Rücksicht auf das mangelnde Entgegenkommen der staatlichen Verwaltungen gegen die Wünsche der Höchstorganisationen und das rückwärtige Vorgehen gegen die Vorkämpfer des Organisationsgedankens, gegen die genau so wie früher im Verhandlungswege eingeschritten wird (Teuerungszulagen, Gehaltsfragen), wird die Veranstaltung geheimer Kundgebungen geplant, in denen die berechtigten Klagen der Beamten und die Missstände bei den Verwaltungen, wie z. B. im Berliner Polizeipräsidium vor der bestenfalls Offensivität behandelt werden sollen, damit endlich Wandel geschaffen wird.

Amnestie in Finnland.

Helsingfors, 23. Juni.

Der Reichsverweser hat eine Amnestie erlassen, durch die gegen 3000 weitere Teilnehmer an dem Aufruhr des Jahres 1918 bedingt begnadigt werden. Infolge dieses Erlasses, der unter anderen 12 Landtagsabgeordnete betrifft, sind im wesentlichen alle Teilnehmer an dem Aufruhr jetzt begnadigt, mit Ausnahme der Anführer und Leiter sowie der wegen gemeiner Verbrechen verurteilten Personen. Die Amnestie war die Bedingung, von der die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zur Verfassungsfrage abhängig gemacht hat.

Theater und Vergnügungen.

Friedrich-Wilhelm-Theater
Stücklein! Gustav Friedrich
Caussestraße 30.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Das Dorf ohne Glocke

Volksbühne. Theater am
Huttenplatz.
Direktion: Friedrich Kayser.
7 1/2 Uhr. Der Schwarzschäfer.

Opernhaus
1 Uhr: Die Zauberkiste.
Schauspielhaus
1 Uhr: Peer Gynt.

Opernhaus
6. Uebung - E. Brunner.
Theater l-d
Hüniggrätzer Straße
10 Uhr: Der Häuptling.
Mittwoch: Der Häuptling.

Romäntennis
an der Marschallbrücke.
Lina Schick u. Lina Korta.
1 Uhr: 1. Spiel von der Platz.
Mittwoch: Spiel von der Platz.

Berliner Theater
Heute zum 400. Male
10 Uhr: Die tolle Komödie.
Mittwoch: Die tolle Komödie.

Deutsches Theater
Heute bis einsch. Donnerstag
8 Uhr: Max Pallenberg in
Familie Schimack.
Letzte 3 Aufführungen.
Freitag zum 1. Male:
Aber ich war ein Jüngling.

Kammerspiele
Heute und morgen 8 Uhr
Leopoldine Konstantin
in Elfersucht.
Donnerstag zum 1. Male:
Das Weib und der Kumpelmann.

Theater des Westens
Abend 7 1/2 Uhr:
Mie Verben Hans Walmann
Die Geisha.

Lossing-Theater
Sommerpielzeit
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel: Paula Talscher.
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat.
Abend 8 Uhr:
Max Ada Berlin. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Elektra.
7 1/2 Uhr: Gartenblume:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert
und erlesene Spezialitäten.

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: Helma Skjavin.

Wintergarten
Abend 7 1/2 Uhr
Varietevorstellung
Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Anfang Straußner Straße.
8 Uhr. Zum 104. Male:
Das höhere Leben.

Tyroler-Theater.
8 1/2 Uhr: Zum 200. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannsfest.

Regel u. Festung Theat.
Abend 7 1/2 Uhr:
Elke-Sänger
ehem. Mitglied der
Stettiner Säng.
Seidel, Russell,
Herst, Schubert
etc.
Humor. Spielplan
Sommerfest
Hüniggrätzer-Kanal.



Ohne Bezugschein

Übergangsstiefel



mit neuer, verbesserter gefellter Ersatzsohle
und biegsamem Lederstiel und Absatz
für Damen

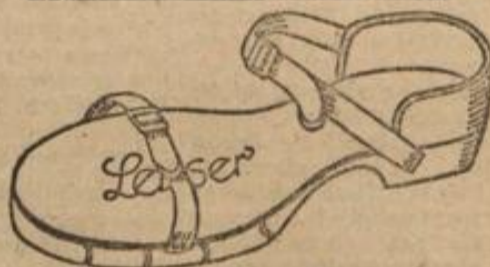
Strapazierstiefel

Stiefel mit Papiergebestoff-Einsatz zu
herabgesetzten Preisen

Gr. 45/47 früher M. 19.40	Jetzt M. 7.50
Gr. 27/30 früher M. 14.00	Jetzt M. 8.00
Gr. 31/35 früher M. 16.00	Jetzt M. 9.00

Für Kunden besonders preiswert

Gr. 36/39 früher M. 17.70	Jetzt M. 10.50
Gr. 36/39 früher M. 21.05	Jetzt M. 14.50



Sandalen

praktische Fussbekleidung
für die heiße Jahreszeit

Gr. 25/26 M. 2.95	Gr. 36/40 M. 3.65
Gr. 27/30 M. 3.10	Gr. 41/42 M. 3.95
Gr. 31/35 M. 3.35	Gr. 43/46 M. 4.25



Reise Haus- und Reiseschuhe mit Ledersohle!

Leiser

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsgesellschaft Berlin N 54, Finkenstr. 88-85
Geschäftsteil von 2-4. Tel.
Telephon: Amt Nord 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 26. Juni 1919, abends 7 Uhr
Branchen-Versammlung
der Graveure und Bijouleure
im „Dresdner Garten“, Dresdner Straße 45.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den anderen Städten.
2. Verlesung.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Achtung! Elektrikmonteure u. Helfer
Donnerstag, den 26. Juni 1919, abends 6 Uhr
in den Mülker-Eisen, Kaiser Wilhelm-Straße 31, großer Saal

Branchen-Versammlung
der Elektrikmonteure u. Helfer Groß-Berlins.

- Tagesordnung:
1. Vortrag: Der Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens.
2. Vorträge: Gelegenheiten.
3. Verschiedenes
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.
Die Vertrauensleute werden ersucht, eine Stunde früher zu kommen.

Achtung! Arbeitslose! Achtung!
Des Quartalschlusses wegen findet in der Abgabe der Wähler folgende Veränderung statt:
Diejenigen Kollegen, deren Woche:

- am 26. und 27. Juni endet, geben ihr Buch am 28. Juni ab und holen am 27. Juni ab.
 - am 29. Juni endet, geben ihr Buch am 27. Juni ab und holen am 28. Juni ab.
 - am 30. Juni endet, geben ihr Buch am 28. Juni ab und holen am 30. Juni ab.
 - am 1. Juli endet, geben ihr Buch am 30. Juni ab und holen am 2. Juli ab.
- Am Dienstag den 1. Juli bleiben die Schalter während des ganzen Tages geschlossen.
Wir erziehen die Kollegen obige Termine strengstens innezuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Bezirk Osten II.
Mittwoch, den 25. Juni, abends 4 1/2 Uhr
„Conch-Sale“, Kemler Str. 67

Mitgliederversammlung

- Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag und Diskussion.
2. Vorschläge zu den unbefristeten Beisitzern im Haupt- und Bauvorstand.
3. Vereindangelegenheiten.

Zentralverband d. Schuhmacher Deutschlands
Zentrale Berlin.
Büro: Engel-Platz 14/15 part. Tel.: Amt Nord 8130
Geschäft: Donnerstag 10-12, Nachmittag 3-6 Uhr,
Dienstags Nachmittags geschlossen, Sonnabend 9-4 Uhr.

Mittwoch, den 25. Juni 1919, abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant Generalitätsstr. 14-15

General-Versammlung
des Schuhmacher-Verbandes.

- Tagesordnung:
1. Wahl eines Angeordneten.
2. Vortrag über das Nützsystem. Referent: H. Neumann vom Volksrat.
3. Wahl einer Kommission zur Durchführung der Arbeiterwahl.
4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung hat jeder zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung
J. H. Bollmer, ausd.

Einladung zur
Protektivversammlung
für das gesamte Personal der
Zigaretten- und Tabakbranche

am
Dienstag, den 24. Juni, 4 1/2 Uhr,
in den Germania-Hallen, Chausseestr. 110.
Wir bitten um pünktliches Erscheinen aller Kollegen
an Stelle eines Honorars und Beschriftung.
Die Tagesordnung lautet:

1. Punkt: Bericht über die Verhandlungen der Nationalversammlung: Die Rechte der Arbeiter und Betriebsräte. Referent: Engelh. W. Weg. Sieber.
2. Punkt: Diskussion.

Der Anschluß
der vereinigten Betriebsräte der Zigaretten-Branchen
i. V. Z. Z.

Verband der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter Deutschlands.
Zentrale Berlin. Eberhardstr. 37, 38.

Bezirk Charlottenburg.
Am Mittwoch, den 25. Juni 1919,
im Volkshaus, Rosinestr. 3

Öffentliche Versammlung
aller in der Schneiderei beschäftigten Männer
und Frauen.
Tagesordnung:
Warum wurden unsere Tarife gekündigt?
Referent: Rudolf Jankmann.
Zusätzlich Bericht über:
Die Ortsverwaltung.

U. S. P. Ortsverein Neukölln.
Mittwoch, 25. Juni, 6 1/2 Uhr abends
4 öffentliche Versammlungen

1. U. S. P. Ortsverein Neukölln. Friedrich-Str. 108-110
2. U. S. P. Ortsverein Neukölln. Friedrich-Str. 108-110
3. U. S. P. Ortsverein Neukölln. Friedrich-Str. 108-110
4. U. S. P. Ortsverein Neukölln. Friedrich-Str. 108-110

Deutscher Musiker-Verband
Ortsverwaltung Berlin. Geschäftsstelle: Ball-Platz 10
Mittwoch, den 25. Juni, abends 10 Uhr, im
Vereinslokal

Öffentliche Musiker-Versammlung
Zusammenkunft: Die Musiker und die Instrumentalmacher
Berliner Musikanten-Verband
Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 Uhr. Saal
bei Wolfshagen, Waltherstraße 21.

Schilderwaler!
Verbandsversammlung der Schilderwaler
am Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr. Saal
bei Wolfshagen, Waltherstraße 21.

Monbit.
Öffentliche Sozialisten-
Versammlung
Mittwoch, den 25. Juni,
abends 7 Uhr.

Bezirks-Verein Nord-West
Mittwoch, den 25. Juni,
abends 7 Uhr.

Der Einbürgerer.
D. W. M. „Möbel“
Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr.

Retriebs-
versammlung
in der Neocubranerei.

Einzelmöbel
Kleiderschrank, Vertikale,
Bettstellen, Bettstellen,
Sessel, Plüschmöbel,
usw. usw. in großer
Auswahl zu bekannt
billigen Preisen.

Stolmann,
Delle-Altenstraße 60
Zahlungserleichterung
auf Wunsch.

Max Lerche
Viktoriastr. 12
Die Bedienung ist
bereits am Mittwoch,
den 13. d. M., statt-
gefunden.
Ihre schon Aufträge

Max Seide
Sollmannstr. 26
Eine schon Aufträge
Die Bedienung ist
am Dienstag, den 12. d. M.,
nachmittags 4 Uhr,
von der Leihbibliothek
entnommen.
Preis: 1.000.
Papier-Alten, aus
Um rege Nachfrage
Der Vorstand.

Spezial-Artikel
Dr. med. H. H. H.
Dr. med. H. H. H.
Loden - Salvator -
Lein- und Jilbun-
in Hell-Bruch-
Rosenstr. 10-11
10-1, 5-8. Sonntag
10-11 Uhr.

Möbel
jeder Art
preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7
Nähe Rosenhaller Platz

Spezialarzt
Dr. med. H. H. H.
Haut- und Herne-
untere, Priester-
an d. Mohrenstr.
11, 1-2, 3. Sonntag

ZIGAREN
pro Mills von M. 650 an
gibt in großen und kleineren Posten ab
Zigarren-Engros-Haus Neukölln
Neukölln, Schinestr. 45.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Straße 117 in d. Lützowstr.
**Haut- und Herne-
Spezialarzt**
bewährte, fachmännische Behandlung
Unentgeltliche Auskunft und gratis
Broschüren (Beschreibung sämtlicher
Leiden in den verschiedenen
10 abends, Sonntag 11-12 Uhr im
Schlosser Br. M. 124.

Film-Palast

Koppenstraße 29 / Dir.: J. Werner
Heute und folgende Tage
Die Sensation
des Tages

Moral und Sinnlichkeit
Ein Kolossalfilm in 5 Akten
mit Erika Gläser
und das glänzende Heliprogramm.

Balschmieders
Variété-Garten
Baldstr. 16.
Dir. Gerh. Danneberg

Täglich 12 Variété-Nummern
Grosses Theater-Orchester
Erdbeeren der Gärten: Wochentags 3 1/2 Uhr
Sonntags 2 1/2 Uhr
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr
Sonntags 5 Uhr
Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr
Sonntags 6 Uhr
Über Vermietung der Gärten an Vereine wenden
man sich an die Direktion.

Nordpalast-Lichtspiele
Köpenicker Straße 8,
vom 24. bis 26. Juni

Das Hexlein v. Groß-Tornau
u. Lotte Neumann und das große Heliprogramm.
Garten mit Sommerbühne
gibt an Vereine ab
Die Direktion.

Wer unter günstigen Bedingungen schnell und diskret
Rentenhäuser, Landhäuser,
Villen,
kaufen oder verkaufen
wünscht, wende sich an die
Heimatscholle.
Berl. C2, Brandstr. 27
Norden 2572
Sprechzeit von
10-12 Uhr
12-14 Uhr

„MORTOL“
der **Mottenschutz** des kleinen Mannes
Überall erhältlich:
Julius Lewissohn, Berlin N 24.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstr.
die Rechtsanwaltschaft d. „Rechtsfreunde“
Vorsitz: lang. Sprechzeit 2-4 Uhr.
Bisher gegen 120.000 Katalysanden.

Zündkerzen
-4 Zyl. Magna-Bosch, Pallas-Zenith Vergaser kennt-
lich einzeln. Off. N. W. Reipert d. „Preiszeit“.

Deutsche Nationalversammlung.

21. Sitzung, Montag, den 23. Juni 1919, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Hehenbach eröffnet mit fast einstimmiger Zustimmung die Sitzung kurz vor 2 Uhr mit der Bemerkung: Es haben sich seit der gestrigen Sitzung Ereignisse ereignet, die eine abermalige Besprechung der Friedensfrage notwendig machen.

Präsident des Reichstages: Die Mehrheit der Nationalversammlung hat in der gestrigen Sitzung die Ausführungen genehmigt, mit denen die Regierung der Reichsregierung zum Friedensvertrage dargestellt wurde. Entsprechend diesem Beschlusse haben wir gestern nachmittag in Versailles eine Note überreichen lassen, die diese unsere Stellung darstellt. Darauf ist uns am späten Abend gestern folgende Antwort zugegangen:

Der Ministerpräsident verliest die bereits bekannte Note Clemenceaus. Damit ist die Lage in größter Stunde von Grund auf verändert und damit stehen wir unerbittlich vor der ungeliebten Frage: Abzulegen oder bedingungslos unterzeichnen? Die Reichsregierung hat ihnen gestern die bedingte Unterzeichnung vorgezogen und dafür die Zustimmung ihrer Mehrheit gefunden, sie hat geglaubt, diesen letzten Versuch machen zu müssen. Sie hat die Abtrennung deutscher Gebiete und die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten anerkannt, obwohl sie jede Arbeit für das eigene Volk und sein Wohlbefinden auf jeden Fall hinaus umzögeln wollte. Aber ein solches Verhalten ist nicht erträglich, ein unabweisbares Schuldbekenntnis und die Auslieferung von Volksgenossen an ein Tribunal, bei dem Kläger und Richter ein und dasselbe sind. Die Entente hat unsere Vorklage abgelehnt, sie will uns das Schuldbekenntnis auf die Junge zwingen, sie will uns zu Häusern unserer angeschuldigten Landesleute machen. Jetzt muß die ganze Welt sehen: Hier wird ein besiegtes Volk an Leib und Seele vergewaltigt wie kein Volk je zuvor. Sein Protest heute mahlt kein Stimm der Empörung! Alles weitere muß den Einwohnern schwanden, der sich heute der Welt bietet, die zum Teil mit verhöhltem und unterhöhltem Gesicht auf diese Vergewaltigung sieht. Unterzeichnen wir! Das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache, bedingungslos zu unterzeichnen. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Abg. Schäffer (Dem.): Unsere Stellungnahme bleibt unberührt. Welche politischen Gründe haben keinen Zweifel in die vaterländische Gesinnung auch derjenigen, die gestern mit so gutem Willen haben. (Beif.)

Abg. Schulz-Grumburg (Dnat.): Die deutschnationale Volkspartei steht nach wie vor auf dem Standpunkt der unbedingten Ablehnung des vorliegenden Friedensentwurfs und erhebt unter Beibehaltung dieses grundsätzlichen Standpunkts Widerspruch gegen dessen Unterzeichnung. (Beif. rechts.)

Abg. Heine (Dt. V.): Wie lehnen unsererseits den Friedensvertrag nach wie vor ab.

Präsident Hehenbach: Der Ministerpräsident hat festgestellt, daß auch nach den von ihm geklärten Vorgängen die Regierung nach keiner Auffassung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ein Widerspruch gegen diese Auffassung ist nicht erfolgt. (Widerspruch und Jurauf: Recht! rechts.) Es wurde von Seiten der deutschnationalen Volkspartei nur Widerspruch gegen die Unterzeichnung erhoben, nicht gegen die Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten, daß nach wie vor die Regierung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Das ist ein Widerspruch; denn die deutschnationale Partei den Unterzeichner nicht gelten lassen will, so hätte ich, das zu erklären.

Abg. Schulz-Grumburg (Dnat.): Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß gestern nur eine unter Verhinderung erfolgte Ermächtigung zur Unterzeichnung gegeben worden ist; an diesem Standpunkt halten wir fest und deshalb protestieren wir gegen die Unterzeichnung.

Präsident Hehenbach: Meine Frage ist durch diese Ausführungen nicht bejaht worden, aber ich nehme an, es wird Widerspruch erhoben und eine nachmalige Abstimmung verlangt.

Abg. Schulz-Grumburg: Ich beantrage die namentliche Abstimmung! (Große Unruhe links und im Zentrum; Jurauf: links: Unrecht! Es ist doch schon! Bewegung.)

Präsident Hehenbach: Ich habe bereits hervorgehoben, daß wir abstimmen. Wir sind in der Abstimmung, und da können keine Anträge zur Abstimmung mehr gestellt werden, auch wenn die deutschnationale Partei die Verantwortung auf sich nehmen wollte, die Sache hinzuzulegen und namentliche Abstimmung zu verlangen.

In einfacher Abstimmung erwidert das Haus gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei und eines Teils des Zentrums und der Demokraten die Auffassung der Regierung für zutreffend.

Präsident Hehenbach: Ich habe mit Genugtuung fest, daß von den verschiedenen Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses, ob ja oder nein, nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten lassen. (Wichtiges Zustimmung.)

Im übrigen empfehlen wir unser unglückliches Vaterland dem Schutze des barmherzigen Gottes. (Beif.) Es ist beabsichtigt, von den Parteien eine gemeinsame Resolution an die Truppen zu verfassen, die aber erst noch abgefaßt werden soll.

Die Sitzung wird daher auf eine Stunde unterbrochen. Es soll dann der Rest der Tagesordnung erledigt werden.

Um 4,00 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Präsident Hehenbach: Die Parteiführer haben sich auf folgenden Wortlaut abgeeinigt:

Aufruf an das deutsche Volk

„In der Stunde schweren vaterländischen Unfalls baut die deutsche Nationalversammlung der deutschen Wehrmacht ihre tapferste Verteidigung herbei. Unerschrocken und unerschütterlich in der Befreiung des Vaterlandes stehen die Truppen und auf dem Schlachtfeld unsere Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, treu ihrer großen Verantwortung, in dieser schweren Zeit ein Beispiel der Selbstverleugnung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten werden. Sie wird gelingen, wenn alle ihre vaterländische Pflicht erfüllen.“

Ich hoffe fest, daß das Haus mit diesem Aufruf an das deutsche Volk einverstanden ist. (Beif. und Zustimmung.)

Der Präsident stellt dann weiter mit, daß der Vorklage im Einverständnis mit der Reichsregierung vorläufig einen Beirat der Nationalversammlung für die Sozialdemokraten und Mitglieder und alle übrigen Fraktionen je ein Mitglied entsenden sollen.

Zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht

Am 28. Juni 1919, monoch die zu leistende Sicherheit bis auf 50 Prozent des Vermögens des Steuerpflichtigen erhöht werden kann, liegt ein Antrag aller Parteien vor, monoch der Finanzminister ermächtigt ist, für Gebietsanteile des Reiches, bei denen die Vermögensgegenstände gefährdet sind, den Vorklag die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 aufzuheben.

Abg. Schulz-Grumburg (Dnat.): Ich beantrage die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 aufzuheben.

Abg. Schulz-Grumburg (Dnat.): Ich beantrage die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 aufzuheben.

Abg. Schulz-Grumburg (Dnat.): Ich beantrage die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 aufzuheben.

Abg. Schulz-Grumburg (Dnat.): Ich beantrage die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 aufzuheben.

Abg. Wurm (U. S. P. D.)

Wir sind mit der Vorlage zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht einverstanden und stimmen auch dem von allen Fraktionen unterzeichneten Antrag zu, der die Vorlage dahin erweitert, daß die Banken zur Auskunft über die bei ihnen hinterlegten Wertpapiere verpflichtet werden. Aber diese Abänderungen genügen nicht, weil sie nur für Gebietsanteile des Reiches, bei denen die Vermögensgegenstände gefährdet sind, Geltung haben sollen und zweitens, weil nur über die nach dem 1. Oktober 1918 hinterlegten Wertpapiere Auskunft zu erteilen ist. Wir beantragen, daß sich die Anzeigepflicht auf das gesamte Reichsgebiet erstreckt, und zwar über die seit Kriegsausbruch hinterlegten Wertpapiere, da die Verschlebung von Vermögen im ganzen Reich und sofort nach Beginn des Krieges eingeleitet hat. Rückvermögen sind bereits nach dem Ausland geschafft, für Rückvermögen kommt die Gesetzesvorlage schon zu spät. Umso mehr ist es aber notwendig, daß die von uns beantragte Verbesserung des Gesetzes mindestens jetzt noch ermöglicht, weitere Steuerhinterlegungen zu verhindern. Wir ersuchen Sie daher um Annahme unseres Antrages.

Beheimatet Gammisch bittet namens der Reichsregierung um Annahme des gemeinsamen Antrages, der Antrag Wurm gehe über den Zweck des Gesetzes hinaus und könne bei der großen Finanznot erwidert werden.

Der Antrag Wurm wird in seinem ersten Teile mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien, in seinem zweiten Teile auch mit einzelnen Stimmen des Zentrums angenommen. Mit dieser Annahme des gemeinsamen Antrages und mit diesem wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Restat.

Der wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Hauptplans für 1919/20 bis zum 1. Oktober zur Ergänzung ist.

Abg. Wurm (U. S. P. D.) gibt eine Erklärung ab, die wir auf der ersten Seite veröffentlichten.

Abg. Wurm (Dnat.): Im alten kaiserlichen Deutschland wurde viel sorgfältiger handgehalten. (Unruhe links.) Wir beantragen, daß nur fünf Milliarden bewilligt werden.

Abg. Dr. Braun-Körnberg (Soz.): Dem Wunsch nach Sparhaftigkeit schließen wir uns an. Aber auf das kaiserliche Deutschland sollte man sich zum Beweise von Sparhaftigkeit nicht beziehen. (Große Unruhe links.)

Abg. Godein (Dem.): Wer diesen Etat ablehnt, lehnt auch die 400 Millionen für Leutnantskandidaten an Beamte und Lohnangehörige ab. (Lachen bei den U. S. P.)

Abg. Schürmer (Cent.): Der Antrag Wurm ist rein wirtschaftlich, wir lehnen ihn ab. Auch wir bitten die Arbeiterschaft, endlich wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Abg. Dr. Niefer (D. V.): Unser Volk muß Einigkeit, Disziplin und Ordnung wahren und endlich wieder arbeiten.

Abg. Wurm (U. S. P. D.): Wir haben das Kriegsende vorausgesehen, damals hat man uns beschimpft. Man hielt durch, weil man Angst hatte vor dem Tag der Abrechnung (Jurauf rechts: Die Abrechnung kommt!) Die Arbeiter haben zur Regierung kein Vertrauen, daher arbeiten sie nicht. Erst wenn das anders geworden ist, werden wir den Appell zur Arbeit ergehen lassen.

Der Antrag Wurm wird abgelehnt und der Restat gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Es erfolgt die Beratung der Vorlage über den Eintritt Bayerns und Badens in die Bierbrauergemeinschaft.

Abg. Borchert (Dem.) beantragt Aufschubberatung. Reichsfinanzminister Erlberger ersucht um sofortige Beratung, da das Gesetz am 1. Juli in Kraft treten soll. — Das Gesetz wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 24. Juni. Aufzügen und kleinere Sitzungen.

Deutscher Sozialkongress.

2. Verhandlungstag.

Berlin, 23. Juni 1919.

In der Diskussion zum Punkt „Mittelstand“ nimmt das Wort letzter Berlin (U. S. P.): Ein Berufswohlfahrt für die zu politischen Entscheidungen berufenen Räte erscheint nicht angebracht; aber es dürfen nur proletarische Wähler zugelassen werden. Für die Räte, die wirtschaftliche Aufgaben haben, sind Berufswohlfahrten unerlässlich.

Wurm (U. S. P.) begründet eine Reihe von Vorschlägen: Das Proletariat hat die Mehrheit, von einer Diktatur einer Minderheit kann also gar keine Rede sein. Das Mittelstück ist im Grunde nichts anderes als das alte System der Gewerkschaften. Es muß vor allem die ganze Verwaltung durchdringen. Ein Inneamtensystem ist abzulehnen. Das Mittelstück ist der theoretische, wenn auch noch nicht der praktische Sozialismus. Es bedeutet das Zusammenwachsen des Volkes zu einem einheitlichen Organismus. Der politische Staat muß durch den ökonomischen überwandelt werden, dieser und das Mittelstück allein können und retten. (Beif.)

Die Diskussion wird darauf unterbrochen, weil die Versammlung die Referate über den Einheitsweg

entgegenzunehmen beabsichtigt. Als erster Redner führt Juchaczyn-Werlin (S. P.) aus: Die Differenzen zwischen den Parteien gingen aus von der Frage der Kreditbewilligung. Man mag darüber denken, wie man will, man sollte aber nicht das Nationalgefühl leugnen wollen. Wenn man jetzt weiter den Hochschülern barockt, sie hätten sich der Bourgeoisie in die Arme geworfen, so ist zu bedenken, daß heute der Apparat der bürgerlichen Verwaltung noch nicht zu entbehren ist. Eine Klasse, die solange unterdrückt war, kann nicht über Nacht die Herrschaft lernen. Die reine Rätediktatur wird deshalb zu demselben Resultat wie in Ungarn führen: Nicht die Arbeiterschaft, sondern eine ganz kleine Zahl von Einzelwählern würde die Diktatur ausüben.

Der Redner wendet sich gegen die „reine Demokratie“ wie gegen eine „Diktatur des Proletariats“. Die reine Rätediktatur bedeutet die Herrschaft der Unorganisierten über die Organisierten, der Unwissenden über die Wissenden, sie kann nur den Ruin, nicht den Aufbau des Sozialismus vollziehen. Der Kapitalismus muß beseitigt werden. Die Sozialisierung muß mit „lebendiger Gewalt“ erfolgen. Um diese Sozialisierung durchzuführen, werden die Parlamente aber verfallen; sie werden Obstruktion treiben. Deshalb ist neben ihnen eine Reichssozialisierungskommission mit besonderen Vollmachten nötig. Nichtsozialisierungskommission und Reichsregierung müssen das Recht haben, die Parlamente bei andauernder Obstruktion zu suspendieren. Nach durchgeführtem Sozialismus werden wir wieder einen anderen Lebenszustand haben müssen, dann kann das reine Mittelstück durchgeführt werden. Solange der Kapitalismus noch den Unterbau bildet, kann man dieses System noch nicht zerstören, freilich auch nicht den reinen Parlamentarismus. (Beif.)

Wille-Berlin (U. S. P.) als Referent führt aus: Die Vergangenheit muß begraben sein, wenn wir auch aus ihr lernen wollen. Wenn wir uns einig sind in der billigen Abgabe an den Kapitalismus, dann ist die Einigung schon zu 50 Prozent vollzogen. Das Ziel muß die reine sozialistische Regierung sein. Die proletarische Regierung gründete sich aber auf eine künstliche Basis. Die künftige sozialistische Regierung muß sich gründen auf Arbeiterschaften aller wahrhaften Sozialisten in allen Teilen. Die definitive Einigung ist nur durch das Mittelstück möglich. In den Arbeiterschaften muß volle Parität der sozialistischen Parteien herrschen. Die Ostgruppen der Zentralräte können

den Ausgangspunkt für diese sozialistischen Arbeiterschaften bilden. Aus den einzelnen Arbeiterschaften kann sich dann ein deutsches sozialistisches Mittelstück bilden. Der Redner schließt die wachsende Macht der Reaktion und der Militarität. Die Not der Stunde zwingt zur Einigung. (Anhaltender Beif.)

Es beginnt darauf wieder die Diskussion. Ritterlich-Ramisch (S. P.) schildert seine Erfahrungen. Seine sozialistische Agitation unter den Polen habe ihm von der deutschen Republik 17 Wochen Gefängnis eingebracht, und dann habe ihn der Kommandeur der Grenzschutztruppe aus seiner Heimat ausgewiesen. An der Trennung waren nur die Führer schuld. Wenn diese Verjagung, jagten wir sie doch zum Teufel. (Stürmischer Beif.)

Regener-Rohd (S. P.): Die große Mehrheit der U. S. P. steht auf dem Boden des reinen Mittelstücks. Deshalb ist zwischen den U. S. P. und der S. P. eine Einigung tatsächlich kaum möglich. Die Bildung von Arbeiterschaften ist immerhin zu empfehlen. Der Redner spricht dann für den Gedanken der Diktatur.

Hilde-Offen (U. S. P.): Die Sogensätze zwischen S. P. und U. S. P. sind nicht klar zur Geltung gekommen. Der Parteitag in Weimar war

ein Festspiel von Marionetten

(Bernstein: Von Sozialdemokraten, nicht von Marionetten! Große Unruhe, Schlußruf: Regener! Regener!) Man bekommt den Eindruck, daß hier die Minderheit abgewürgt werden soll. Statt daß der Sozialismus marschiert, marschiert der Militarismus. Wünsche, die der Redner dem Gen. Ledebour für seinen Prolog darbot, finden allgemeinen lebhaften Beifall.

Regener-Rohd (S. P.): Wir waren auf dem Boden des Mittelstücks mit der Politik unserer Regierung nicht einverstanden. Aber in einem Austritt aus der Partei sehen wir keine Hilfe. (Beif.) Das System Kautzke muß in jedem Fall beibehalten werden. (Beif.) Die Stimmung gegen ihn ist im Proletariat allgemein. Die Abwägung der Arbeiterräte dürfen wir uns auch nicht bieten lassen. Der Redner schildert die Verhältnisse in Bayern, wo die Bayern beherrscht, die Proletariat mehr los wären. Die Einigung ist dringend nötig, der von Wille empfohlene Weg kann dazu führen. (Stürmischer Beif.)

Prof. Vorländer-Solingen (S. P.): In Solingen besteht schon in manchen Kreisen ein gutes Zusammenarbeiten der Parteien, besonders bei den Lehrern.

Dorn-Büsch (S. P.): Das Einzige muß einmal das Arbeiterprogramm und der Ausbau der Räte sein. In Bayern verlangt die U. S. P. nicht die Diktatur, sondern nur den Ausbau der Räte. Da ist eine Verständigung durchaus möglich. Behnen die Führer die Einwirkung in den Arbeiterschaften ab, so werden wir auf eigene Faust vorgehen.

Lehr-Wien (Deutschösterreich): Der einzige Geist, der die Einigung hätte herbeiführen können, ist ermordet: Kurt Eisner. Wenn es zum Anschlag Deutschösterreich kommt, welcher Partei sollen wir Deutschösterreich anschließen? Österreich bekennt, daß trotz großer Gegensätze ein Zusammenarbeiten in einer Partei möglich ist.

Worme-Abel (S. P.): Um zur Einigung zu kommen, müssen alle Teile wie Wäde zurückweichen. Man kann auf dem Boden des Mittelstücks stehen und doch gegen die politische Vertiefung der Räte sein.

Poland-Beipzig (U. S. P.): Ich vertrete eine sozialistische Arbeiterschaft, die im Januar von den Studenten gegründet wurde, ganz wie Arbeiter umfaßt und für die Einigung besonders in der Jugend wirkt. Die Parteistellungen auf beiden Seiten haben Schwierigkeiten gemacht. Die Einigung muß aber auch scheitern, solange die Regierung gestarrt, daß

Militärgerichte Schreckensurteile fällen, wie sie auch in Belgien gefaßt worden sind.

Konstanz-Oberhofen (S. P.) behauptet die Scheiterns der führenden Minderheiten.

Zimmermann-Wilhelmsbad (S. P.) empfiehlt die Einigung einer paritätischen Kommission zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Einigung. Das Verhalten Scheidemanns in den Räteberatern war unerschöpflich. Demals wollte er die Soldaten und Arbeiter in Wilhelmsbad, die sich erhoben, durch ein Telegramm zurückhalten, in dem er erklärte: Der Kaiser wird Amnestie gewähren. Solche Personen müssen aus der führenden Stellung verschwinden.

Nach der Mittagspause wird ein Antrag Wille angenommen, dessen wesentlicher Teil lautet:

Der deutsche Sozialkongress beschließt, alle Organisatoren, Zeitungen, parlamentarische Fraktionen und Arbeiterräte der sozialistischen Parteien außerordentlich auf die Bildung sozialistischer Arbeiterschaften, zusammengesetzt aus allen sozialistischen Parteien, hinzuwirken, und diese zu unterstützen. Eine Zentralstelle dieser sozialistischen Arbeiterschaften ist aus dem Sozialkongress heraus zu wählen.

Für diese Zentralkommission werden je 7 Mitglieder aus der Fraktion der S. P. und der U. S. P. gewählt. Der Kongress beschließt, dem Reichstag einen Antrag zu stellen, der ein Programm für die Einigung zu unterbreiten, sowie Beschlüsse zur Mittelfrage von Cohn und Döbbede werden der Kommission als Material überreichen.

Darauf wird die Diskussion fortgesetzt. Als Vertreter des Verbandes sozialistischer Lehrer begrüßt Dr. Kägel den Kongress.

Werner-Berlin (S. P.) wendet sich gegen das allgemeine Demokratisieren der Akademien.

Dr. Kautzke (U. S. P.): Das Gefühl von der Notwendigkeit einer Einigung ist auch in der Diktatorischen Arbeiterschaft lebendig. Eine allgemeine Einigung wird aber solange unmöglich sein, als das System Kautzke immer neuer Erbitterung weckt. Es gibt wohl einen Boden, auf dem die große Masse der Arbeiter zu einigen wäre: Anerkennung der Räte, auch als politische Machtfaktoren, Beseitigung des Militarismus usw.

Börlinger-Röll (S. P.): Nur die Arbeiterschaft konnte verhindern, daß eine selbständige Republik im Rheinland ausgerufen wurde. Dabei ist die Arbeiterschaft in Köln einmütig vorgegangen.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Die Mitteilung des Vorsitzenden von dem Preispruch Ledebours wird von dem ganzen Kongress mit tosendem Beifall und lauten Beifall aufgenommen. Die Versammlung erhebt sich spontan von den Sitzen. Einbeim wird beschließen, Ledebour die Freude des Kongresses drücklich mitzuteilen.

Angenommen wurden ferner Anträge, denen einer gegen den Fortbestand der alten Klassenjustiz

protestiert und eine sofortige Befreiung aller politischen oder bei Auffständen beteiligten Gefangenen sowie Auflösung aller Militärgerichte und Aufhebung des Belagerungszustandes fordert, während ein zweiter die Proklamationen des kaiserlichen Systems beurteilt und ein dritter sich gegen die Verrentung der deutschen Kriegsschiffe wie gegen die Verbrennung der Bahnen aus dem Zeughaufe wandt.

Der Kongressleiter Schultze dankt den Versammelten für ihre Arbeit. Nicht alle Wänterräume hätten auf dem Kongress reifen können. Aber er habe die Einigungsbüchse doch weiter geöffnet.

Der Kongress wird geschlossen durch eine Ansprache G. Bernkains.

Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und auf den Niedergang der Reaktion schließt der Kongress sein Ende.

